

Kommentar

Vermeintlich rosige Zeiten

Von Markus Vogt



Ein Finanzdirektor, der nicht jammert und nicht vor schlechten Zeiten warnt, ist kein richtiger Finanzdirektor. Er oder sie hat die ihm

anvertraute Kasse zu verteidigen und muss sich ständig gegen die Begehrlichkeiten von allen Seiten stemmen. Kein leichter Job, vor allem wenn schwarze Zahlen zu verwalten sind: Gerade dann sind die Begehrlichkeiten am grössten. Mass halten, wenn der Rubel rollt und das Manna scheinbar von selber vom Himmel fällt, ist etwas vom Schwierigsten. Wer will sich schon mit negativen Szenarien befassen, wenn doch offensichtlich alles zum Besten steht?

In dieser Situation befindet sich Regierungsrätin Eva Herzog, die basel-städtische Finanzdirektorin. Zum x-ten Mal hat sie einen Rechnungsabschluss mit schwarzen Zahlen vorgelegt, wobei die Zahlen schwärzer nicht sein könnten. Seit ihrem Amtsantritt im Februar 2005 gab es lauter positive Abschlüsse. Dazu wiesen fast alle ihre Budgets ein Plus auf – bis auf das für 2010 und das für 2015, das dann von der bürgerlichen Mehrheit der Finanzkommission und danach vom Grossen Rat nicht geschluckt wurde. Da hatte sie sich erlaubt, die Steuereinnahmen anhand der verfügbaren Zahlen zu prognostizieren, und die waren in diesem einen Fall eben negativ gewesen. Das revidierte Budget 2015 fiel

Wer will sich schon mit negativen Szenarien befassen, wenn doch alles zum Besten steht?

dann positiv aus, wie von den Bürgerlichen gewünscht. Da allerdings hatte sie, respektive das Finanzdepartement, aktuellere Zahlen zur Hand. Somit liess sich besser, das heisst: genauer budgetieren. Höhere Steuereinnahmen hatten zu dieser Wende geführt, und mehr Steuerertrag liess auch die vorliegende Staatsrechnung viel besser daherkommen als erwartet. Und die Aussichten für die allernächste Zukunft sind gar nicht übel, gemäss Finanzplan sind für die kommenden Jahre weitere Überschüsse zu erwarten, in der Grössenordnung von 80 bis 100 Millionen Franken. Allerdings ist Vorsicht geboten, und das betont Eva Herzog unermüdlich. Noch steht nicht fest, wie heftig sich die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative auf den Standort Basel auswirken und wohin genau die Unternehmenssteuerreform III führen wird. National- und Ständerat müssen sich in einigen Punkten noch einigen. Gejammert hat Eva Herzog gestern nicht, aber gewarnt. Vor zwei Begehrlichkeiten: Über Steuererleichterungen zu reden, ergibt im Moment keinen Sinn. Und noch mehr investieren kann der Kanton Basel-Stadt auch nicht – das Niveau liegt schon sehr, sehr hoch. Aber die Diskussion darüber steht in Basel-Stadt mit Sicherheit noch bevor.

Reformpaket für gerechtere Steuern

Fondation CH2048 präsentiert drei nicht ganz neue Vorschläge für das Steuersystem

Von Dominik Feusi, Luzern

Die Basler Stiftung Fondation CH2048 macht Ernst mit ihrem ersten «Politikentwicklungsprojekt». Vor einem Jahr präsentierte sie ebenfalls in Luzern eine Untersuchung zur Verteilungsgerechtigkeit. Die Untersuchung bestätigte die bekannte Tatsache, dass die Schweiz erst dann ein Problem mit der Verteilung von Einkommen hat, wenn der Staat und seine Umverteilung einberechnet werden. Der untere und der mittlere Mittelstand kommen kaum vom Fleck, weil sie von der Umverteilung nicht mehr profitieren, aber wegen der Steuerprogression schon viel abliefern müssen.

Nicht für die «Schublade»

Gestern präsentierte die Stiftung in Luzern drei von 25 während eines Jahres ausgearbeiteten Reformideen und diskutierte sie mit Bundespolitikern, um deren Machbarkeit auszuloten. Christoph Koellreuter, Spiritus Rector der Fondation CH2048, hofft, dass die Ideen «nicht in der Schublade verschwinden». Die Stiftung hat einen enormen Aufwand betrieben, um die Ideen mit Wissenschaftlern zu prüfen. «Wenn wir nicht zufrieden sind mit der Einkommensverteilung nach Steuern und staatlichen Transfers, dann müssen wir dort ansetzen», sagte Koellreuter.

ter. Herausgekommen sind drei Ideen, die alle bereits unter der Bundeskuppel debattiert werden – oder schon einmal gescheitert sind. Die neuen Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat könnten allerdings eine neue Chance sein. Koellreuter ist wichtig, dass die Reformideen mehrheitsfähig sind, die Verantwortung fördern und die Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

Erstens sollen Sozialtransfers in Zukunft besteuert werden. Steuerfrei soll nur das Existenzminimum sein.



Christoph Koellreuter.

Heute ist das nicht der Fall, wodurch eine Familie ohne zu arbeiten auf ein steuerfreies Einkommen von bis zu 75 000 Franken kommen kann, wie der Arbeitgeberverband kürzlich vorrechnete. Das führt dazu, dass sich Arbeit nicht mehr lohnt. Ein entsprechender Vorstoss scheiterte letzten September im Nationalrat klar am Widerstand von Linken über CVP und FDP bis zur SVP.

Zweitens fordert die Stiftung eine Kapitalgewinnsteuer, wie sie soeben in der Diskussion um die Unternehmenssteuerreform gescheitert ist. Gemäss

Nationalrätin Kathrin Bertschy (GLP) sollte sie die Vermögenssteuer ersetzen und hätte dann vielleicht eine Chance. Definitiv ist das allerdings noch nicht.

Drittens fordert die Stiftung die Einführung der Individualbesteuerung, statt der heutigen Besteuerung von Paaren als Wirtschaftsgemeinschaft. Nach dem Scheitern der CVP-Initiative für die Abschaffung der Heiratsstrafe hatte der Nationalrat in der Frühjahrs-session einem Vorstoss der Finanzkommission zugestimmt, die Individualbesteuerung zu prüfen.

Der Glarner BDP-Nationalrat Martin Landolt wird die Vorschläge in die Wirtschaftskommission des Nationalrates einbringen. «An steuerlichen Fragen führt kein Weg vorbei, wenn man über den Mittelstand redet», sagte Landolt. Gleichzeitig ist er sich bewusst, dass nur kleine Schritte möglich sein werden.

«Alles beginnt von vorne»

In einer Podiumsdiskussion zeigten sich die anwesenden Politiker interessiert, aber ebenso vorsichtig. Wenn sie auf der grünen Wiese ein Steuersystem entwickeln könnten, würden alle ein einfaches und transparentes System mit wenig Abzügen ausarbeiten. CVP-Ständerat Peter Hegglin, bis vor Kurzem noch Präsident der Finanzdirektorenkonferenz, wies allerdings darauf hin,

dass genau das nicht der Fall sei. «Und im Parlament kommen bei Steuerthemen immer noch neue Ideen hinzu, was man über das Steuerrecht noch fördern und lenken könnte», sagte Hegglin. Dann werde es intransparent und es entstünden Verzerrungen mit manchmal ungewollten Auswirkungen.

Der Zürcher FDP-Nationalrat Beat Walti mahnte, dass man auch über die Fiskalquote reden müsse. Ein Durchschnittsschweizer liefert heute genau berechnet die Hälfte seines Erwerbseinkommens dem Staat ab. «Man kann den Pelz nicht waschen, ohne ihn nass zu machen», sagte Walti. Man müsse auch wahrnehmen, wie viel frei verfügbares Einkommen den Leuten noch bleibe. Genau das sieht aber das Konzept der Fondation CH2048 ausdrücklich nicht vor. Die Reformideen sollen so umgesetzt werden, dass die Steuereinnahmen weder tiefer noch höher ausfallen.

Der Baselbieter SP-Nationalrat Eric Nussbaumer dämpfte die Erwartungen der Initianten: «In der Politik beginnt immer wieder alles von vorne.» Er könne sich eine Besteuerung der Sozialleistungen vorstellen, bei gleichzeitiger Einführung einer Kapitalgewinnsteuer. Es brauche einen sozialen Ausgleich, aber dann könne man mit der Sozialdemokratie über vieles reden. Er riet dazu, ein stimmiges Gesamtpaket zu schnüren.

Als Nächstes kommt das Innovationsproblem dran

Die Fondation CH2048 will auch gegen die Erosion der Schweizer Wettbewerbsfähigkeit vorgehen

Von Ruedi Mäder, Luzern

Nach der Umverteilungs- beziehungsweise Besteuerungsproblematik nimmt die Fondation CH2048 in einer zweiten Etappe die Stärkung der Innovationskraft der Schweizer Industrie auf ihre Reformagenda. Stiftungsiniciant und Vizepräsident Christoph Koellreuter diagnostizierte gestern, die Schweiz rangiere bezüglich Innovationskraft in internationalen Vergleichen zwar in aller Regel weit vorne. Beispielsweise im Wettbewerbsfähigkeits-Report des WEF. Aber die Entwicklungsrichtung müsse nachdenklich stimmen, verliere doch die einheimische Wirtschaft zunehmend an Terrain.

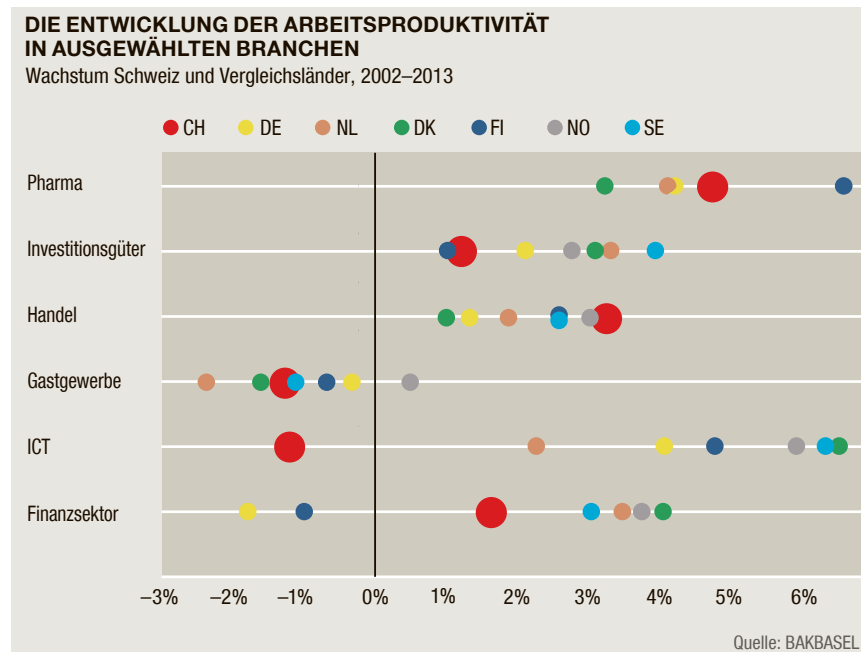
Koellreuter stützte seine These auf die jüngsten Erhebungen der BAKBASEL, in denen die Wertschöpfung pro Arbeitsstunde erhoben wurde. Hier zeigten sich gravierende Unterschiede nach Branchen und ein insgesamt problematisches Bild. Angesichts des global gesehen sehr hohen Kostenniveaus sei das Innovationsniveau in einigen exportorientierten Schlüsselbranchen «besorgniserregend tief».

«Die Schweiz hat ein Problem»

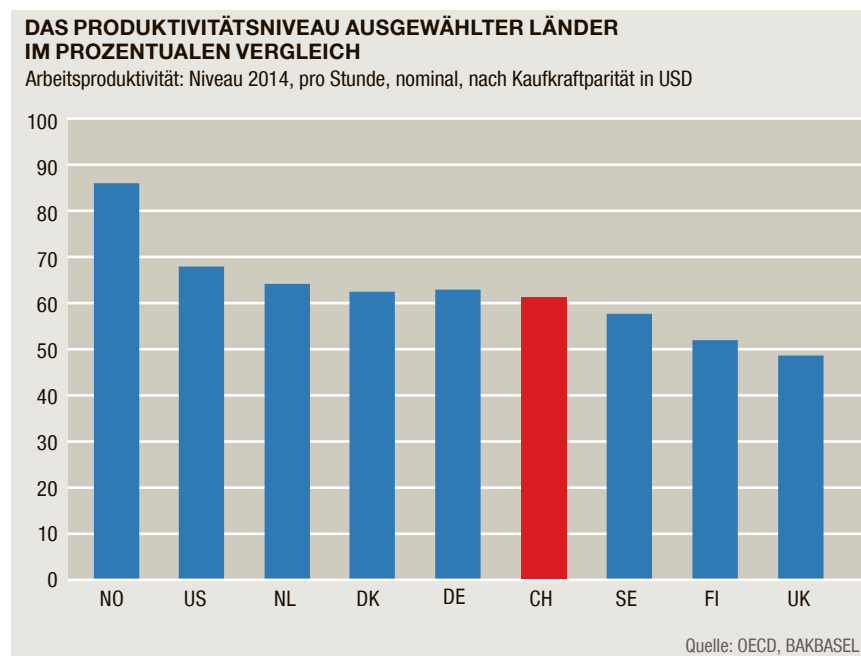
In der Pharmaindustrie lag die Stundenproduktivität 2015 mit 325 Franken viermal höher als der Durchschnitt von 80 Franken. Auch die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen liegen mit 142 Franken deutlich darüber. Gleichzeitig rangieren die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie – ein Drittel der Wertschöpfung der einheimischen Industrie – mit einem Wert von 78 Franken unter dem Schnitt, und dies seit längerem. Koellreuters Fazit: «Die Schweiz hat ein Produktivitäts- und Innovationsproblem.»

Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann (Universitäten Zürich und Basel) präsentierte seinerseits einen vergleichsweise positiveren Befund als Fondation-Initiant Koellreuter, ortete aber ebenfalls Handlungsbedarf. Straumann korrigierte einmal mehr das Zerrbild vom vermeintlich bloss gererbten Wohlstand der Schweizer. Er erinnerte daran, dass das Land bereits seit dem 19. Jahrhundert auf die Karte der Industrialisierung setzte und um 1900 das höchste Pro-Kopf-Einkommen auf dem Kontinent aufwies, in Europa einzig von England übertroffen.

Zu den Herausforderungen zählt Straumann die bei vielen Akteuren mangelnde Kenntnis der Erfolgsfaktoren und das abnehmende Verständnis für die Anliegen der produktiven Branchen. Erfolg könne zu Trägheit verleiten



Erhebliche Differenzen. Die internationale Spitzenstellung der Pharmabranche kann nicht über Defizite anderer Industrien hinwegtäuschen. Grafiken BaZ/bt



Noch im Mittelfeld. Gemessen an der durchschnittlichen Produktivität der Wirtschaft bewegte sich die Schweiz 2014 in den Top 10.

und risikoscheu machen. Zudem: «Fehlentwicklungen sind in einem reichen Land nicht sofort sichtbar, wodurch grosser Schaden entstehen kann.» Straumann nannte vier Handlungsfelder: Bildungspolitik, Forschungspolitik, Migrationspolitik und das steuerlich-regulatorische Umfeld.

Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik machten sich an der gestrigen Luzerner Tagung daran, aus ihrer Optik die Kernfrage zu beantworten,

was die Schweiz im abgesteckten Handlungsrahmen vorkehren muss, um wieder innovativer zu werden.

Peter Meier-Abt, Präsident der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften, wies zunächst auf die hervorragende Positionierung der Schweizer Universitäten hin. Insofern gehe es darum, «besser zu werden, um die gute Position zu verteidigen». Meier-Abt plädiert im Hinblick auf die Studentenauswahl für stärker qualitativ

ausgerichtete Evaluationskriterien. Handlungsbedarf sieht er auch in der Förderung des akademischen Nachwuchses: Zu viele Talente gäben heute ihre Karriere auf. Als Benchmark nannte er das angelsächsische System, bei dem talentierten Akademikern früh die Chance geboten werde, sich in unternehmerischer Eigenständigkeit zu entwickeln und zu profilieren. Angesichts des tiefen Frauenanteils täten «genderechte» Anstellungsmöglichkeiten not.

Höhere Studiengebühren

In die gleiche Kerbe – Bildung und Finanzen – hieb gestern in Luzern Ökonom Kurt Schmidheiny von der Universität Basel, auch er Mitglied des Beirats der Fondation CH2048. Er plädierte für eine Erhöhung der Studiengebühren für «exzellente Masterprogramme», dies allerdings im Gleichschritt mit einem Ausbau des Stipendienwesens. Letzteres sollte grundsätzlich leistungsabhängig ausgestaltet werden.

Felix Ehrat, General Counsel und Mitglied der Konzernleitung des Pharmakonzerns Novartis, rückte das Bild zurecht, wonach hohe Innovationsstärke in der Schweiz nicht auf zwei Branchen – Pharma und Finanzindustrie – reduziert werden dürfe. Ehrat wies auf die Risiken hin, die von nächsten drohenden, potenziell wirtschaftsfeindlichen Abstimmungen ausgingen. Fast lakonisch meinte der Novartis-Vertreter, Innovation könne nun mal keine Landesgrenzen, umso wichtiger sei die Offenheit hinsichtlich der internationalen Fachkräfte. Multinational aus- und eingerichtete Unternehmen à la Novartis, Roche, Syngenta und Co. hätten die Möglichkeit, «Arbitrage zu betreiben», das heisst, konzernintern im weltweiten Rahmen von Standortvorteilen zu profitieren. Ehrat: «Es wird dort zusätzlich geforscht, wo die Hindernisse am kleinsten sind.»

Wo solche Hürden auch lauern können, illustrierte Basels Bau- und Verkehrsdirektor Hans-Peter Wessels mit seinem Hinweis auf die vom Bundesrat Ende 2014 vorgenommen Kürzung der Drittstaaten-Kontingente. So sei das betreffende Basler Kontingent für das laufende Jahr Anfang Februar bereits ausgeschöpft gewesen.

Mit Blick auf die Bildungsschiene plädierte Wessels für eine stärkere Gewichtung des Englischen. Auf diese Weise würde die Ausbildung auf allen Stufen den Anforderungen der Globalisierung besser gerecht; zudem würde dies die Integration von Immigranten erleichtern, meinte Wessels.